

Quartalsbericht 4. Quartal 2005 und 1. Quartal 2006

Anlagen: 1

Gäste: keine

Sachverhalt:

Seit 2001 berichtet die Verwaltung im Ausschuss vierteljährlich über die Entwicklung des Kreishaushalts. Aktuell steht sowohl der Bericht über das vierte Quartal 2005 als auch der über das erste Quartal 2006 an. Die Veränderungen bis zum vierten Quartal 2005, über die berichtet wird, stellen im Wesentlichen auch die Begründung für das Jahresergebnis 2005 dar. Die Jahresabschlussarbeiten stehen allerdings erst in den Anfängen, so dass die Prognose zum Jahresergebnis 2005 nur auf den nachfolgend beschriebenen Veränderungen basiert.

Bericht über die wichtigsten Haushaltsveränderungen bis zum vierten Quartal 2005 und Prognose zum Jahresergebnis

Dem Ausschuss hat die Verwaltung am 10.10.2005 (DS-Nr. 121/2005) über die Haushaltsentwicklung bis zum dritten Quartal 2005 berichtet. Die damals absehbaren Haushaltsverschlechterungen wurden mit 3.910.000 € beziffert. Die wesentlichen Veränderungen im Haushaltsjahr 2005 im Vergleich zur Veranschlagung sind im Folgenden dargestellt. Zum Vergleich sind auch die Prognosen nach dem 3. Quartal aufgeführt.

Verwaltungshaushalt**IV. Quartal****III. Quartal**

- **Personalausgaben, Hauptgruppe 4 in allen Unterabschnitten**

Durch eine äußerst sparsame Personalpolitik konnten bei den Personalkosten insgesamt 760.000 € eingespart werden. Damit wurde die bei der Ansatzkalkulation von der Verwaltung eingerechnete Einsparung von 360.000 € ebenso erreicht, wie die vom Kreistag im Rahmen der Haushaltsplanberatung beschlossene pauschale Kürzung der Personalausgaben um 400.000 €. Zu dieser erfreulichen Entwicklung haben im Wesentlichen die folgenden drei Faktoren beigetragen:

1. Im Haushalt 2005 wurde bei der Kalkulation der Ansätze von einer Tarif- bzw. Besoldungssteigerung für alle Beschäftigten-Gruppen von 1 % ausgegangen. Die im Tarifvertrag vereinbarte Einmalzahlung lag unter diesem Steigerungssatz. Allein dadurch konnte der Landkreis rd. 100.000 € einsparen.
2. Im Zuge der Verwaltungsreform haben sich verschiedene Konstellationen ergeben, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht absehbar waren, aber zu Einsparungen geführt haben. So hat der Landkreis beispielsweise weniger Personal bekommen, bestehende Zeitverträge nicht verlängert oder Mitarbeiter in andere Verwaltungsbereiche umgesetzt. Zudem verblieben mehrere Mitarbeiter beim Land. Die in diesen Fällen zu leistende Kostenerstattung war günstiger als die echten Personalkos-

ten. Schließlich wirkte sich für uns entlastend aus, dass die vom Land zur Verfügung gestellten Kalkulationsgrundlagen teilweise zu hoch waren. Die Einsparungen aus den geschilderten Fällen betragen etwa 310.000 €

3. Durch den Abbau oder die verzögerte Wiederbesetzung frei gewordener Stellen war es möglich, Mittel in Höhe von 350.000 € einzusparen.

Auf Ziffer 1 und 2 (Tarifabschluss und Personalzuteilung Sonderbehörden) hatte die Verwaltung keinen oder wenig Einfluss.

0 € -150.000 €

- **Sach- und Betriebsausgaben (Gruppen 64 bis 66 im gesamten Haushalt)**

Durch größte Sparsamkeit ist es der Verwaltung gelungen, im Bereich der Sach- und Betriebsausgaben einen Betrag von rund 150.000 € einzusparen. Die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossene Pauschalkürzung von 330.000 € wurde damit aber um verfehlt.

-180.000 € Kein Wert

- **Buß- und Verwarnungsgelder, HHSt. 1105.0610**

Fallzahlensteigerungen im Bereich der mobilen und der stationären Geschwindigkeitsüberwachung insbesondere während der zweiten Jahreshälfte brachten bei den Buß- und Verwarnungsgeldern ein Einnahmepius von

95.000 € Kein Wert

- **Gebühreneinnahmen des Straßenverkehrsamtes, HHSt. 1110.0610**

Bei der Zulassungsstelle haben sich die Fallzahlen günstiger entwickelt als bei der Haushaltsplanung einkalkuliert. Zudem haben sich durch die Einführung fälschungssicherer Fahrzeugpapiere die Gebührensätze erhöht. Damit liegen die Gebühreneinnahmen um über dem Ansatz von 2,1. Mio. €

110.000 €**Kein Wert**

- **Schulsachkostenbeiträge u. Ersätze für Lernmittel (Untergruppen 1710 u. 1680 bei den Schulen)**

Durch eine Änderung der Schullastenverordnung wurden die Sachkostenbeiträge für die beruflichen Schulen und Sonderschulen für das Jahr 2005 erhöht. Zusammen mit höheren Ersätzen für Lernmittel liegen wir um über der Ansatzsumme.

380.000 €**190.000 €**

- **Kostenerstattung des Landes beim Ausgleichsamt, HHSt. 4090.1610**

Aufgrund einer Nachzahlung für das Jahr 2004 liegt die Kostenerstattung um über dem Haushaltsansatz.

110.000 €**Kein Wert**

Soziale Sicherung, Einzelplan 4

- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, UA 4104**

Im Bereich der Grundsicherung haben die Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr um fast 14% zugenommen. Zudem mussten wir aufgrund der gestiegenen Energiepreise erhöhte Unterkunftskosten übernehmen. Die Mehrausgaben bewegen sich bei etwa

-700.000 € -400.000 €

- **Hilfe zur Pflege, UA 4110**

Bei dieser Hilfeart mussten wir bereits in 2004 eine Ansatzüberschreitung von 360.000 € verzeichnen. Ein Großteil dieser Überschreitung wurde aber erst nach Ablauf des Jahres bekannt und konnte somit nicht in den Ansätzen 2005 berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass die jüngste Ausgabenentwicklung einen weiteren Anstieg aufweist. Gegenüber dem Haushaltsansatz von 4,54 Mio. € verschlechtert sich der Nettoaufwand der Hilfe zur Pflege um

-520.000 € -700.000 €

- **Eingliederungshilfe für Behinderte, UA 4170**

Bei der Eingliederungshilfe lagen uns im Planjahr 2005 keine Vergleichswerte aus Vorjahren vor. Deshalb musste bei der Aufstellung des Haushaltsplans auf teilweise unsicheres Datenmaterial des LWV zurückgegriffen werden. Gegenüber der Veranschlagung beläuft sich die erfreuliche Verbesserung auf voraussichtlich

400.000 € -200.000 €

- **Sonstige Hilfeleistungen innerhalb des Abschnitts 41**

Innerhalb der vielen kleineren Hilfearten des Abschnitts 41 haben sich weitere Veränderungen ergeben, die mit einer Verbesserung von abschließen. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die folgenden vom LWV übernommenen Hilfeleistungen:

- UA 4161 Hilfe zur Pflege: +125.000 €
- UA 4190 Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten: +235.000 €

570.000 €**Kein Wert**

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Abschnitt 42**

Im Bereich der Asylbewerber ist das geänderte Flüchtlingsaufnahmegesetz zum 01.04.2004 in Kraft getreten. Mit der dort vorgenommenen Pauschalierung der Ausgabenerstattungen erfolgte gegenüber den Vorjahren ein Systemwechsel. Während früher eine Mischung zwischen Spitzabrechnung und Pauschalierung Grundlage für die Erstattung war, werden seit 2004 alle bisherigen Erstattungsleistungen in einem Betrag für 20 Monate zusammengefasst. Nach dem Kassenprinzip ist diese Pauschale voll im Jahr des Zuflusses zu vereinnahmen, obwohl ein Teil der Ausgaben erst im Folgejahr anfällt. Dadurch wurde das Jahr 2004 stark begünstigt, das Jahr 2005 dagegen belastet. Verstärkt wird diese Wirkung in 2005 auf der Einnahmeseite durch weiter rückläufige Asylbewerberzahlen und auf der Ausgabeseite durch teilweise sehr kostenintensive Hilfeaufwendungen im Bereich der Krankenhilfe.

Der Nettoaufwand liegt deshalb um über der Veranschlagung.	-400.000 €	Kein Wert
<ul style="list-style-type: none"> • Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820 		
<p>Wegen fehlender Kalkulationsgrundlagen gehörte die Ansatzbemessung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu den schwierigsten Aufgaben der Haushaltsplanung. Obwohl die Verwaltung ursprünglich von einem Nettoaufwand von 1,5 Mio. € ausgegangen war, wurde dieser Bereich trotz größter Bedenken haushaltsneutral eingeplant. Angesichts eines starken Anstiegs der Empfängerhaushalte und höherer Energiekosten ist diese Rechnung nicht aufgegangen. Der veranschlagte Nettoaufwand bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende wird zum Jahresende um rd. -1.600.000 € überschritten. -1.200.000 €</p>	-1.600.000 €	-1.200.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Jugendhilfe, Abschnitt 45 		
<p>Nach einer noch ausstehenden Rechnungsabgrenzung der Stadt Villingen-Schwenningen rechnen wir beim Jugendhilfeaufwand mit einer geringfügigen Verbesserung von 50.000 €. Diese Entwicklung wurde vor allem durch rückläufige Tendenzen beim Kreisjugendamt positiv beeinflusst. -150.000 €</p>	50.000 €	-150.000 €

- **Gebühreneinnahmen im Veterinäramt,
HHSt. 5460.1000**

Bei den Einnahmen für die Fleischbeschauggebühren des Veterinäramtes stellt sich eine Verbesserung von rund 175.000 € dar. Hier hatten wir wegen der Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Erhebung von Gebühren für die Trichinenuntersuchungen eine Rückstellung von rd. 160.000 € gebildet für mögliche Rückzahlungen von zwischen 1995 und 2002 vereinnahmten Gebühren. Hierauf haben wir in den jährlichen Rechenschaftsberichten hingewiesen. Mit der vom Landkreis im Mai 2005 erlassenen Rechtsverordnung sind diese Unsicherheiten zwischenzeitlich ausgeräumt. Damit konnten diese Rückstellungen aufgelöst werden, was weitestgehend zu der Ergebnisverbesserung führte.

175.000 €

130.000 €

- **Gebühreneinnahmen des Baurechtsamtes,
HHSt. 6130.0610**

Die weiterhin rückläufige Baukonjunktur drückt sich in stark zurückgehenden Gebühreneinnahmen aus. Dabei wird deutlich, dass das Vorjahresergebnis, auf Grund dessen die Ansätze im Haushalt 2005 mit 560.000 € festgesetzt wurden, von Einmalfaktoren gekennzeichnet war. Zum Jahresende lag das Gebührenaufkommen nur bei 480.000 €. Dies ergibt Wenigereinnahmen von

- 80.000 €

- 80.000 €

- **Schülerbeförderung/ÖPNV, UA 7920**

Im Unterabschnitt 7920 -Förderung des ÖPNV/Schülerbeförderung- zeichnet sich gegenüber der Veranschlagung im HH-Plan eine Verbesserung von rd.

1.100.000 €

Kein Wert

ab. Diese ist fast ausschließlich auf Mehreinnahmen beim Ringzug zurückzuführen. Diese haben sich erst zum Jahresende 2005 konkretisiert im Rahmen der Schlussabrechnung der vom Land zu zahlenden Ausgleichsbeträge bei der Schülerbeförderung nach § 6a AEG für die Jahre 2003 und 2004. Nachdem zum Zeitpunkt unserer Kalkulationen noch keine konkreten Zahlen vorlagen, sind wir von gesetzlichen Werten des AEG, damals aktuellen Kostensätzen und geschätzten Schülerzahlen ausgegangen. Im tatsächlichen Ringzugbetrieb der Jahre 2003 und 2004 hat sich dann gezeigt, dass die Entwicklung in sämtlichen Bereichen deutlich günstiger verlaufen ist. So konnten wir gegenüber dem Land höhere mittlere Reiseweiten und einen höheren individuellen Verbundzuschlag nachweisen. Außerdem haben sich die Sollkostensätze für den Schienenverkehr erhöht und die Schülerzahlen deutlich günstiger entwickelt.

- **Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611**

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer liegen um rund

- 1.100.000 € - 1.070.000 €

unter dem Ansatz von 6,2 Mio. €

In 2005 konnten keine mit dem Vorjahr vergleichbar großen Grundstückstransaktionen verzeichnet werden.

- **Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG, HHSt. 9000.0614**

Das Land hat eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes beschlossen, mit dem die finanzielle Abgeltung für die Verwaltungsstrukturreform 2005 nachträglich korrigiert wurde.

Die Mehreinnahmen von

70.000 €

Kein Wert

tragen zu einer Verbesserung der Effizienzrendite bei.

- **Zuweisung eines Teils des beim Land durch Hartz IV eingesparten Wohngeldes, HHSt. 9000.0920**

Die Gesamtsumme des durch Hartz IV eingesparten Wohngeldes beläuft sich in Baden-Württemberg auf 132 Mio. €. Das Land hat diese Gelder nicht wie vorgesehen an die Stadt- und Landkreise weitergeleitet, sondern hiervon im Blick auf die eigene prekäre Finanzsituation 99 Mio. € als Anteil der Kommunen aus der Belastung bei der Neuverteilung der Umsatzsteuer zu Gunsten der neuen Länder abgezogen. Die verbleibende Summe von 33 Mio. € wurde an die Landkreise nach dem jeweiligen Anteil an den Aufwendungen für den besonderen Mietzuschuss nach dem 5. Teil

des Wohngeldgesetzes verteilt. Der Landkreis erhielt dadurch 570.000 € Gegenüber dem Haushaltsansatz von 800.000 € entspricht dies einer Verschlechterung von	-230.000 €	Kein Wert
Mangels besserer Anhaltspunkte hatten wir bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2005 hilfswise noch mit dem Einwohneranteil bzw. dem Anteil an der FAG-Erstattung für die Verwaltungsreform kalkuliert.		
• Zinsen für Kredite des Kreditmarkts, HHSt. 9100.8070		
Die Zinsausgaben fielen um	100.000 €	Kein Wert
günstiger aus, weil es die Kassenliquidität erlaubte, einen Teil der geplanten Kreditaufnahmen erst zum Jahresende hin und zu günstigeren Konditionen aufzunehmen.		
• Zinsen für Kassenkredite; HHSt. 9100.8071		
Kassenkredite mussten nicht in dem Maß aufgenommen werden, wie wir dies bei der Haushaltsplanung angenommen hatten. Außerdem sind erwartete Zinserhöhungen erfreulicherweise nicht eingetreten. Dadurch konnten wir		
rund	60.000 €	50.000 €
einsparen.		
• Sonstige Planabweichungen innerhalb des Verwaltungshaushalts	80.000 €	Kein Wert
<hr/>		
Per Saldo ergeben die aufgeführten Änderungen im Verwaltungshaushalt eine		
Verschlechterung von	<u>-1.510.000 €</u>	<u>- 3.580.000 €</u>

Um diesen Betrag vermindert sich nach der Haushaltssystematik die **Zuführung an den Vermögenshaushalt**.

Vermögenshaushalt:

- **Kreisstraßen, UA 6500**

Durch eine Absenkung der Pauschalsätze sind die FAG-Zuweisungen des Landes für den Kreisstraßenbereich um 191.000 € geringer ausgefallen als eingeplant. Demgegenüber hat der Landkreis mit der 1. Abschlusszahlung für 2004 eine Nachzahlung von 56.000 € erhalten. Per Saldo hat sich die Einnahmeseite um 135.000 € verschlechtert.

Mit diesen Zuweisungen sind vorab die Unterhaltungsaufwendungen des Verwaltungshaushalts zu finanzieren. Hier sind, bedingt durch den Winterdienst, Mehrausgaben von rd. 222.000 € entstanden. Damit haben sich unter dem Strich die für den Vermögenshaushalt zur Finanzierung der Ausbaumaßnahmen bereitstehenden Mittel um 357.000 € reduziert.

Im Vermögenshaushalt konnten durch günstigere Vergaben und sonstige kleinere Verbesserungen rd. 117.000 € eingespart werden, so dass sich hier die Verschlechterung im Bereich der Kreisstraßen auf rund

-240.000 € - 230.000 €

- **Bauaufwand Umschlagstation, HHSt.**

7220.9610

Für die Baukosten der Umschlagstation Tuningen waren im Haushaltsplan 560.000 € veranschlagt. Wie vom Amt für Abfallwirtschaft in der DS-Nr. 108/2005 bereits dargestellt, ergaben sich Mehrkosten von rd.

-130.000 € -100.000 €

- **Sonstige Planabweichungen innerhalb des Vermögenshaushaltes**

80.000 € Kein Wert

Per Saldo ergeben die aufgeführten Änderungen im **Vermögenshaushalt** eine

Verschlechterung von

-1-800.000 € - 3.910.000 €

Die übrigen im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen wurden weitgehend planmäßig abgewickelt. In welchem Umfang Mittel aufgrund noch ausstehender Rechnungen abfließen oder Haushaltsausgabereste gebildet werden müssen, lässt sich derzeit nicht vorhersagen.

Bericht über die Haushaltsentwicklung im ersten Quartal 2006

Wir nehmen den Bericht zur Haushaltsentwicklung zum Anlass, dem Ausschuss den Haushaltserlass des Regierungspräsidiums Freiburg zum Haushalt 2006 zur Kenntnis zu bringen. Er ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Es ist problematisch, aus den Ergebnissen der ersten zwei Monate schon Hochrechnungen auf das gesamte Jahr anzustellen oder daraus verlässliche Trends abzuleiten. Dennoch will die Verwaltung den Ausschuss frühzeitig über die aktuellen Entwicklungen bei den großen Einnahmen- und Ausgabenpositionen des laufenden Haushaltsjahres informieren und dabei auch die bereits jetzt bekannten Planabweichungen ansprechen.

- **Personalausgaben**

Gegenüber der Kalkulation der Personalkostenansätze haben sich bislang keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Nach zwei vorliegenden Abrechnungsmonaten gehen wir davon aus, dass wir die für 2006 selbst auferlegten und in die Ansätze einkalkulierten Einsparungen von 750.000 € realisieren können.

- **Gebühreneinnahmen, Buß- und Verwarnungsgelder**

Diese Einnahmen, insbesondere die Gebühren der Zulassungsstelle, laufen im 1. Quartal noch schleppend. Das ist größtenteils saisonal bedingt und damit nicht bedenklich. Es kann davon ausgegangen werden, dass die kommenden Quartale höhere Einnahmen bringen werden. Ob die Haushaltsansätze erreicht werden, kann heute noch nicht prognostiziert werden.

- **Sachkostenbeiträge der Schulen**

Das Land hat die Sachkostenbeiträge nachträglich erhöht und für jeden Schüler einen pauschalen Zuschlag von 9 Euro gewährt. Dadurch ergeben sich in 2006 voraussichtliche Mehreinnahmen von knapp 100.000 €.

- **Soziale Sicherung**

Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass der in den ersten Wochen und Monaten eines Jahres anfallende Aufwand der Sozial-, Jugend- und Eingliederungshilfe teilweise dem alten Jahr zuzuordnen ist und im neuen Jahr dadurch zunächst eine Lücke entsteht. Deswegen erscheint es zum jetzigen Zeitpunkt nicht ratsam, eine Prognose zum Jahresergebnis abzugeben. Wir hoffen, dass wir in dem nächsten Zwischenbericht zur Haushaltslage für die Soziale Sicherung eine erste Prognose abgeben können.

- **Grunderwerbsteuer**

Das Steueraufkommen der ersten zwei Monate ist wegen eines Sonderzuflusses um 430.000 € höher als im Vorjahr ausgefallen. Rechnet man zu diesen Einnahmen das Grunderwerbsteueraufkommen der Monate März bis Dezember 2005 hinzu, so ist mit Gesamteinnahmen von etwa 5,5 Mio. € zu rechnen. Das wären 100.000 € mehr als veranschlagt.

- **Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales**

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg übernimmt seit 2005 einen Teil der Aufgaben der bisherigen Landeswohlfahrtsverbände. Ausgehend vom Finanzbedarf des Vorjahres wurde die an den Kommunalverband zu entrichtende Umlage im Haushaltsplan 2006 mit 1.506.000 € in Ansatz gebracht. Inzwischen hat die Verbandsversammlung einen geringeren Umlagesatz beschlossen, durch den Wenigerausgaben von 150.000 € entstehen.

- **Vermögenshaushalt**

Die im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen werden aus heutiger Sicht planmäßig realisiert. Der Mittelabfluss im ersten Quartal ist erfahrungsgemäß gering, weil die Ausführung der Investitionen schwerpunktmäßig in den Sommermonaten liegt.

Stellungnahme der Verwaltung

Zum voraussichtlichen Jahresergebnis 2005

Trotz großer Sparbemühungen und -erfolge wird der Haushaltsausgleich nach den Ergebnissen dieses Berichts nicht darstellbar sein. Noch im 3. Quartalsbericht sind wir im Verwaltungshaushalt von einer Verschlechterung im Verwaltungshaushalt und damit einer geringeren Zuführung in Höhe von 3,58 Mio. € ausgegangen. Sollte es bei den oben beschriebenen Veränderungen bleiben, fällt die Zuführung an den Vermögenshaushalt immer noch um 1,51 Mio. € geringer aus als geplant. Damit läge sie merklich unter der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung, aber deutlich höher als im 3. Quartal erwartet. Hinzu kommt die mit 290.000 € bezifferte Verschlechterung im Vermögenshaushalt. Im Ergebnis verzeichnet der Landkreis – trotz der zwischenzeitlich eingetretenen, unvorhergesehenen Verbesserung im ÖPNV – mit 1,8 Mio. € das höchste Defizit seiner Geschichte und damit den vierten Fehlbetrag in Folge. Bereits in den Zwischenberichten nach dem 2. und 3. Quartal (DS-Nr. 092/2005 und 121/2005) sowie während der Haushaltsberatungen 2006 hatte die Verwaltung einen hohen Fehlbetrag angekündigt.

Dass sich dieser nicht – wie zuletzt prognostiziert – bei 3,9 Mio. € einpendelt, ist vor allem der unerwarteten Verbesserung im Bereich des ÖPNV zu verdanken. Verursacher für das schlechte Ergebnis sind insbesondere die Grundsicherung für Arbeitsuchende und das rückläufige Grunderwerbsteueraufkommen. Viele Verbesserungen in den sonstigen Bereichen haben nicht ausgereicht, um dies zu kompensieren.

Einer der wenigen positiven Aspekte der Haushaltsentwicklung in 2005 liegt darin, dass die Verwaltungsreform finanziell relativ planmäßig, bei den Personalausgaben sogar deutlich besser verlaufen ist. Dies ist angesichts des unsicheren Datenmaterials, auf dem die Planung aufgebaut werden musste, nicht selbstverständlich.

Auf der Grundlage eines befürchteten, wesentlich höheren Fehlbetrags wurde bereits in der Kreistagssitzung am 18.07.2005 diskutiert, wie mit diesem umgegangen werden sollte. Es bestand Einvernehmen, die Abdeckung des Fehlbetrags für das Jahr 2005 jeweils zur Hälfte in den Jahren 2007 und 2008 vorzunehmen. Durch den wesentlich geringeren Fehlbetrag hat sich die Basis für die damalige Diskussion wesentlich geändert. Es besteht momentan jedoch kein Handlungsbedarf. Die Verwaltung schlägt vor, über die Abdeckung des Fehlbetrags 2005 im Rahmen der Haushaltsplanung für 2007 erneut zu beraten.

Zum ersten Quartal 2006

Nachdem erst zwei Monate im ersten Quartal vergangen sind, kann naturgemäß noch keine Prognose zum Jahresergebnis erstellt werden. Die wenigen Bereiche, in denen zum jetzigen Zeitpunkt über Veränderungen berichtet oder eine Hochrechnung vorgenommen werden kann, sind die Sachkostenbeiträge, die Grunderwerbsteuer und die Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales. Insgesamt rechnen wir für diese drei Positionen mit einer Verbesserung von ca. 350.000 €

Andererseits ist bei den Kosten der Unterkunft (Hartz IV) in den ersten beiden Monaten ein höherer Aufwand als kalkuliert zu verzeichnen. In welcher Höhe sich gesetzliche Nachbesserungen und Beschränkungen auf eine „angemessene“ Miete im Laufe des Jahres auswirken werden, kann heute noch nicht prognostiziert werden. In den

übrigen Bereichen der Sozialen Sicherung liegen noch zu wenige Daten für eine vernünftige Aussage vor.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Haushaltsentwicklung im vierten Quartal 2005 und im ersten Quartal 2006 zur Kenntnis.